

# Mythos CO<sub>2</sub>-Steuer



- **Hintergründe**
- **Erläuterungen**
- **Auswirkungen**
- **Unsere Position**



## Folgen Sie uns

 [AfDBundestag.de](http://AfDBundestag.de)

 [fb.com/AfDimBundestag](https://fb.com/AfDimBundestag)

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/  
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:  
Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den  
Fraktionsvorstand.

Kontakt:  
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Bürgerbüro  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 22757141  
Telefax: 030 227 56349  
E-Mail: [buerger@afdbundestag.de](mailto:buerger@afdbundestag.de)

Herstellung und Redaktion:  
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag;  
Hintergrundbild - Sergey Panychev / stock.adobe.com;

Stand: Oktober 2019

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der  
Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im  
Wahlkampf verwendet werden.



## Erläuterungen

### ➤ Ohne Nutzen für das Klima

Für das Weltklima ändert sich durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer nichts, weil sich das Weltklima seit Jahrmillionen beständig ändert. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen werden weltweit auch dann nicht weniger, wenn diese in Deutschland auf null reduziert werden würden, da Deutschlands Anteil am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei ungefähr zwei Prozent liegt – eine zu vernachlässigende Größe.

### ➤ Deutschland schaltet sich ab

Über 60 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen entfallen auf China und Indien sowie die anderen Schwellen- und Entwicklungsländer. Gemäß dem Pariser Klimaschutzabkommen dürfen diese Länder ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß aber bis 2030 unbegrenzt weiter erhöhen.

In Deutschland sollen die restlichen Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Wir riskieren damit unseren Wohlstand, während in China, Indien und weltweit in den nächsten Jahren über 1500 neue Kohlekraftwerke in Betrieb gehen.



## Position

### ➤ AfD-Bundestagsfraktion lehnt die CO<sub>2</sub>-Steuer ab

Die Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion lehnen eine CO<sub>2</sub>-Steuer ab. Mit einer CO<sub>2</sub>-Steuer belastet die Bundesregierung die Zukunft unserer Kinder, bedroht den Wohlstand der Bürger unseres Landes und schränkt die Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens nachhaltig ein.



## Hintergrund

### ➤ Die CO<sub>2</sub>-Steuer – ein Mythos

Die Deutschen haben noch nie so viele Steuern bezahlt wie heute. Der deutsche Staat nahm von seinen Bürgern im Jahr 2018 Steuern in Höhe von etwa 770 Milliarden Euro ein. Die Steuereinnahmen des Staates haben sich damit seit Anfang der 90er Jahre nahezu verdoppelt, obwohl sich die Einwohnerzahl in diesem Zeitraum kaum erhöht hat. Allein die Autofahrer wurden 2018 mit etwa 90 Milliarden Euro belastet. Hier haben sich die Einnahmen des Staates in nur knapp einem Jahrzehnt verdoppelt, obwohl die Anzahl der PKW in diesem Zeitraum nur um etwas mehr als ein Zehntel angewachsen ist.

Das von den deutschen Steuerzahlern erarbeitete Staatsvermögen wird ohne Berücksichtigung der langfristigen Leistungsfähigkeit Deutschlands großzügig an jeden verteilt, der nur laut genug um eine nachhaltige und solide Finanzierung seines Lebensunterhalts bittet.

Statt sich wie viele Bundesregierungen vor ihr dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, handelt die Regierung der Großen Koalition in vielen Bereichen belegbar gegen die Interessen der Bürger. Die Regierung belastet das deutsche Volk nicht nur mit immer weiteren Abgaben, sie greift auch zunehmend in das ganz persönliche Lebensumfeld der Bürger ein: Sie will den Bürgern vorschreiben, mit welchem Verkehrsmittel sie zur Arbeit fahren oder in den Urlaub reisen und wie sie wohnen, essen und leben sollen.

## Auswirkungen

### ➤ Gängelnd und Verbieten

Die Umweltministerin Svenja Schulze nennt diese Maßnahmen im Stile des Gängelns und Verbietens »sinnvolle Lenkungswirkung«. In diesem Sinne plädiert die Ministerin für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer in erheblicher Höhe.

Diese Steuer soll bis zu 180 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> betragen; damit müsste jeder Steuerzahler durchschnittlich 2.000 Euro pro Jahr zusätzlich zu den schon jetzt zu zahlenden Steuern an den Staat abgeben. Selbst wenn die CO<sub>2</sub>-Steuer mit moderaten Beträgen eingeführt werden sollte, ist heute schon absehbar, in welchem Maße die Regierung die Steuerschraube in den nächsten Jahren anziehen will.

Es gibt Ideen, die CO<sub>2</sub>-Steuer auch als sozialen Umverteilungsmechanismus zu nutzen, wobei völlig offen ist, wer benachteiligt wird und wer profitieren soll. Dies wird die Verwaltungsbürokratie weiter vergrößern, verbunden mit höheren finanziellen Aufwendungen des Staates, für die die Bürger über höhere oder neue Steuern aufkommen müssen.

### ➤ Ideologisiertes Wunschenken zerstört unseren Wohlstand

Was seitens der Bundesregierung in der Diskussion um die CO<sub>2</sub>-Steuer aber selten erwähnt wird, ist die Hebelwirkung dieser Steuer. Alle Dinge des täglichen Lebens, seien es Brötchen, Taschentücher, Smartphones oder schlicht warmes Wasser, sind mit Energieverbrauch und folglich auch mit CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden. Besteuert man CO<sub>2</sub>-Emissionen, verteuert sich alles. In einer hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaft wie der unsrigen mit vielen Produktionsstufen und Dienstleistungsprozessen verstärkt sich dieser Verteuerungseffekt noch vielfach.



© cfotostock / stock.adobe.com

Eine CO<sub>2</sub>-Steuer ist eine Steuer auf das Leben an sich! So würden dann ein Liter Benzin ungefähr zwei Euro, 250 g Butter circa drei Euro, 500 g Rindfleisch annähernd sieben Euro und ein Flug von München nach Hamburg nicht weniger als 100 Euro kosten. Diese enormen finanziellen Belastungen würden vor allem die Bürger treffen, die täglich zur Arbeit fahren und ehrlich Steuer zahlen und die gerade so viel verdienen, dass sie keine staatlichen Hilfeleistungen in Anspruch nehmen müssen. Dies würde die sogenannten kleinen Leute völlig unangemessen belasten, auf deren Staatstreue dieser Staat angewiesen ist.

### ➤ Die Bürger bekommen die Steuer zurück – ein Mythos

Die Bundesumweltministerin hat gleichzeitig mit der Ankündi-

gung der CO<sub>2</sub>-Steuer das Versprechen abgegeben, das vom Staat eingenommene Geld würde über Steuererstattungen und andere Maßnahmen direkt wieder an die Bürger zurückfließen. Die Bürger in diesem Land haben allen Grund, der Regierung zu misstrauen. Nachweislich hielten sich Bundesregierungen nicht an abgegebene Versprechen, neue eingeführte Steuern wieder abzuschaffen, sobald der Grund für ihre Einführung nicht mehr vorhanden ist. So existieren noch heute Steuerarten, deren ursprünglicher Zweck längst hinfällig ist.



© Natalia Lisovskaya / stock.adobe.com

Seit 1991 wird zur Finanzierung der deutschen Einheit der Solidaritätszuschlag auf die Einkommenssteuer erhoben. Den Deutschen wurde seinerzeit versprochen, dass diese Steuer höchstens bis 1999 erhoben wird. Die Steuerbürger zahlen den Solidaritätszuschlag auch zwanzig Jahre später noch.

Unabhängig von Regierungsform und Art des Staatswesens gilt ganz offensichtlich: Einmal eingeführte Steuer bleiben bestehen. Die Sektsteuer wurde vor über hundert Jahren zur Finanzierung der kaiserlichen Marine eingeführt, die kaiserliche Marine gibt es schon sehr lange nicht mehr, aber die Sektsteuer entrichten die Bürger weiterhin.

### ➤ Die CO<sub>2</sub>-Steuer ist auch nur eine weitere Steuer

Das »Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform« im Jahr 1999 initiierte eine Reihe von neuen Steuerarten, so wurde zum Beispiel als neue Verbrauchsteuer eine Stromsteuer eingeführt oder etwa die Mineralölsteuer geändert. Beides führte zu einer erheblichen steuerlichen Mehrbelastung für die Bürger, an die nicht ein einziger Cent direkt zurückgezahlt wurde.

Vor der Bundestagswahl 2005 versprach die damalige CDU-Vorsitzende Angela Merkel »weniger Steuern, weniger Staat«. Nach der Wahl hat sie als Bundeskanzlerin die

Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht. Das war die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland!

2004 versicherte Umweltminister Jürgen Trittin, die Energiewende werde die Bürger nicht mehr kosten als »eine Kugel Eis«. Es gibt mittlerweile Berechnungen von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und von der Universität Düsseldorf zu den Kosten, die die Energiewende tatsächlich verursacht: Diese betragen bis 2025 ungefähr 520 Milliarden Euro; bis 2050 dürften Kosten in Höhe von 5.400 Milliarden Euro anfallen.

Jeder Einwohner Deutschlands, vom Neugeborenen bis zum Greis, muss bis zum Jahr 2025 direkt oder indirekt über 6.300 Euro für die Energiewende bezahlen. Eine vierköpfige Familie wird also mit über 25.000 Euro belastet. Nach Zahlen der Bundesbank verfügen 40 Prozent der deutschen Haushalte über ein Vermögen von weniger als 31.200 Euro. Mit anderen Worten: Die Energiewende frisst die Ersparnisse der Bürger mit niedrigem oder mittlerem Einkommen auf.

Die Politik der Bundesregierung treibt Steuerzahler in die Armut. Die Deutschen gehören bereits jetzt zu den Ärmsten in Europa. Nach Angaben der Europäischen Zentralbank EZB verfügt die Hälfte aller Haushalte (Median) in Griechenland über doppelt, in Italien sogar über mehr als dreimal so viel Vermögen wie Familien in Deutschland.

